Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 4

Artikel: Das Wettrüsten kann gestoppt werden! : Schweden kämpft gegen Aufrüstung und Konfrontation

Autor: Palme, Olof

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339989

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Wettrüsten kann gestoppt werden!

Schweden kämpft gegen Aufrüstung und Konfrontation

Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme ist Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale. Er leitete die Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit der Vereinten Nationen.

Im letzten Jahr legten wir in der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit unseren Bericht mit Vorschlägen zu konkreten Massnahmen vor, mit denen das Wettrüsten aufgehalten werden kann. Diese Vorschläge waren in einer achtzehn Monate langen Diskussion von Politikern aus NATO-Staaten und Staaten des Warschauer Paktes, aus den neutralen Staaten und aus der Dritten Welt erarbeitet worden.

Wir hatten alle verschiedene Hintergründe und unterschiedliche ideologische Ausgangspunkte. Trotzdem wollten wir aber einen Bericht vorlegen, hinter dem wir alle gemeinsam standen. Wir wollten einig sein, um dadurch das identifizieren zu können, was Menschen guten Willens aus verschiedenen Teilen der Welt vereint. Daher wurde unser Bericht ein Kompromiss.

Kompromisse können bisweilen glatt und inhaltslos sein. Wir waren jedoch beinahe überrascht zu sehen, in wie vielen Punkten wir uns einigen konnten. Wir waren uns alle einig darüber, dass es möglich sein würde, Übereinkommen über eine bedeutende Verminderung der Kernwaffenarsenale durch Verhandlungen bis zur Unterschriftsreife vorzubereiten, ohne dabei die Sicherheit auch nur eines Staates zu gefährden. Wir kamen zu der Beurteilung, dass das Problem der Kontrolle der Befolgung solcher Übereinkommen gelöst werden könnte — sowohl technisch wie politisch. Wenn unsere Gruppe, der u.a. Cyrus Vance aus den USA, Georgij Arbatow aus der Sowjetunion und David Owen aus Grossbritannien angehörten, zu bestimmen gehabt hätte, so würden wir sehr bald ein internationales Übereinkommen bekommen können, das ein absolutes Verbot von Kernwaffentests enthält — eine Massnahme, die vielleicht die wirkungsvollste Art und Weise darstellt, das qualitative Wettrüsten zu stoppen und die Kernwaffenarsenale einzufrieren. Und wir haben eine Methode vorgeschlagen, um die Rolle der Vereinten Nationen bei der Vorbeugung und der Lösung von Konflikten zu stärken. Dies sind einige Beispiele.

Als wir mit der Arbeit an unserem Bericht fertig waren, war es für uns als Politiker somit klar, dass es zwischen Ost und West und Süd und Nord einen sehr beträchtlichen Spielraum für Kompromisse in Abrüstungsfragen gibt. Derartige Kompromisse setzen nicht voraus, dass jemand seine grundlegenden Sicherheitsforderungen aufgibt oder von seiner ideologischen Überzeugung Abstand nimmt. Das Wettrüsten kann gestoppt werden. Das ist die wichtigste Schlussfolgerung, die ich persönlich aus unserer Arbeit gezogen habe.

Wir haben sowohl positive wie negative Reaktionen auf unseren Bericht bekommen. Ein Zeichen für das positive Interesse ist zunächst einmal, dass unser Bericht in so vielen Ländern verbreitet worden ist: er ist auf englisch in Grossbritannien und in den USA erschienen und ins Russische, Deutsche, Spanische, Japanische und mehrere andere Sprachen übersetzt worden. Er hat ein beträchtliches Echo in den Vereinten Nationen hervorgerufen, wo unsere konkreten Vorschläge später in diesem Frühjahr behandelt werden.

Selbstverständlich hat man von einigen Seiten auch Einwände gegen unsere Vorschläge erhoben, aber diese waren nicht gegen den Bericht als Ganzes oder gegen unsere grundlegenden Zielsetzungen gerichtet. Die Kritik bezog sich vielmehr auf bestimmte Einzelheiten. Was bestimmte Vorschläge betrifft, hat man eingewendet, dass sie zum falschen Zeitpunkt vorgelegt worden seien.

Wir haben unseren Bericht «Gemeinsame Sicherheit» (common security) genannt. Denn unsere Schlussfolgerung war, dass die Länder Sicherheit im Zeitalter der Kernwaffen nur gemeinsam, durch Zusammenarbeit miteinander, erzielen können. Nicht einmal die mächtigsten Supermächte können das Überleben ihrer Bevölkerung und die Grenzen ihres Territoriums heute durch einseitige militärische Aufrüstung gewährleisten. Wie viele Kernwaffen ein Land auch anschafft, so können diese die eigene Bevölkerung nicht vor den Raketen eines anderen Landes schützen. Die Wahl steht zwi-

schen gemeinsamem Überleben und gemeinsamer Vernichtung. Die Unsicherheit im Zeitalter der Kernwaffen kann nur dadurch überwunden werden, dass die Nationen übereinkommen, eine gemeinsame Sicherheit zu schaffen, an der alle teilhaben.

Ich bin heute mehr denn je davon überzeugt, dass dieses Prinzip der gemeinsamen Sicherheit haltbar ist. Es gilt für die Kernwaffenmächte, aber auch ein kleines neutrales Land wie mein eigenes hat ein Interesse an gemeinsamer Sicherheit. Durch unsere Neutralitätspolitik haben wir uns aus zwei Weltkriegen heraushalten können. Wir beabsichtigen, an dieser Politik festzuhalten. Aber unsere Neutralität wird unser Überleben nicht garantieren können, falls ein Kernwaffenkrieg in Europa ausbricht. Denn ein solcher Krieg würde ohne Zweifel auch die neutralen Länder mit in die Vernichtung hineinziehen.

Einige Länder besitzen Kernwaffen. Andere Länder haben ihre Sicherheitspolitik über die Paktsysteme auf diese Waffen und die Drohung mit ihrer Anwendung gestützt. Hierfür haben sie selbst die politische und moralische Verantwortung übernommen. Jedoch, die Wirkungen einer Kernwaffenkonfrontation würden nicht nur auf diese Länder und deren Bevölkerung, auf diejenigen, die über die Kernwaffen bestimmen und die Verantwortung für ihre Anwendung tragen, beschränkt werden können. Auch Länder und Völker, die sich bewusst entschieden haben, auf Kernwaffen zu verzichten, laufen Gefahr, in den Strudel der Vernichtung hineingerissen zu werden. Und in der Verwüstung und Einöde nach einem Kernwaffenkrieg würde man eine Kernwaffenmacht nicht von einem kernwaffenfreien Staat unterscheiden können.

Deshalb haben wir in Schweden ein Interesse daran zu versuchen, auf die Entwicklung in der Welt und in Europa einzuwirken und zu Entspannung und Zusammenarbeit beizutragen. Auch für ein Land wie Schweden gilt, dass es seine Sicherheit letzten Endes in Zusammenarbeit mit anderen Ländern suchen muss.

Vor diesem Hintergrund hat die sozialdemokratische schwedische Regierung eine positive Stellung zum Bericht der Kommission bezogen und auch diplomatische Inititiativen ergriffen, um die Vorschläge der Kommission den Regierungen vorzulegen. Eine solche Initiative betrifft die Schaffung eines Korridors in Europa, der frei von nuklearen Gefechtsfeldwaffen ist.

Wir waren in der Kommission der Auffassung, dass die Kernwaffenarsenale in Europa verringert werden müssen. Eine Voraussetzung für einen Abzug der Kernwaffen aus Europa ist, dass ein ungefähres Gleichgewicht zwischen den konventionellen Streitkräften der Militärbündnisse erzielt wird. Ein derartiges Übereinkommen würde den Weg für eine Abrüstung auf dem Gebiet der Kernwaffen bahnen.

In der Kommission haben wir dies eingehend diskutiert, und unsere Vorschläge zielen auf die Funktion der Kernwaffen ab. In Genf verhandelt man über die Mittelstreckenraketen in Europa. Auch die strategischen Langstreckenraketen sind Gegenstand von Verhandlungen; aber in Europa spielen auch die nuklearen Gefechtsfeldwaffen eine grosse Rolle. Die Abhängigkeit der militärischen Planung von diesen Waffen hat in regelmässigen Abständen Sorgen bereitet. Die Diskussion über die Erstanwendung und ein erneutes Interesse für die konventionelle Verteidigung spiegeln sehr gut den Wunsch wider, die Gefahr zu verringern, dass eine militärische Konfrontation in einen Kernwaffenkrieg übergeht.

In der Kommission waren wir bestrebt, Methoden zu finden, mit denen diese Gefahr verringert werden kann. Wir unterstreichen die Bedeutung davon, dass die atomare Schwelle aufrechterhalten wird und dass eine klare Unterscheidung zwischen konventionellen und nuklearen Waffen besteht. Und wir schlugen ein Gebiet in Europa vor, das dann «Korridor» genannt wurde, welches von taktischen Kernwaffen befreit werden soll. Die Breite dieses Korridors sollte durch Verhandlungen bestimmt werden. Wir illustrierten unseren Gedankengang, indem wir eine Gesamtbreite von 300 Kilometern vorschlugen.

Dieser Vorschlag setzt nicht voraus, dass eine der Parteien ihre Strategie aufgibt oder ändert. Das Ziel ist, den Druck zu verringern, der dazu führen könnte, dass eine der Parteien in einer gespannten Situation oder in einem Krieg vielleicht gegen ihren Willen aus militärischen Gründen, jedoch gegen ihre politischen Absichten, über die atomare Schwelle getrieben wird.

Vor allem in der NATO hat man die Rolle der nuklearen Gefechtsfeldwaffen diskutiert. Zwei ehemalige Aussenminister von NATO-Staaten, Cyrus Vance und David Owen, waren es auch, die diesen Vorschlag in der Kommission vorlegten und Unterstützung für ihn erhielten. Bedenken wurden von sowjetischer Seite geäussert.
In der öffentlichen Debatte kommen jetzt die Bedenken und die negative Einstellung vor allem aus NATO-Kreisen. Das ist vor dem Hintergrund dessen, was ich berichtet habe,

überraschend. Die Sowjetunion dagegen hat eine positive Einstellung gezeigt, wünscht die Zone allerdings viel breiter zu machen. Neutrale Länder ihrerseits haben die ursprünglichen Gedankengänge und Vorschläge der Kommission unterstützt. Ich bin mir nicht sicher, ob die Einwendungen der NATO-Staaten so ernst sind, dass man sich in einer Verhandlung nicht mit ihnen auseinandersetzen könnte. Dagegen bin ich davon überzeugt, dass man durch seine Haltung Gefahr läuft, vor der öffentlichen Meinung als gegenüber allen neuen Vorschlägen zu einer Rüstungskontrolle negativ eingestellt dazustehen.

Als Sozialist und Demokrat bin ich gegen die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Lösung von Problemen in den Ländern, als Methode zur Umwandlung der Gesellschaft. Ich bin ebenso gegen Gewalt, wenn es gilt, internationale Konflikte zu lösen. Der alte Traum von einer friedlichen Regelung internationaler Konflikte muss lebendig bleiben.

Es ist deshalb tragisch und unheilverkündend, dass wir statt dessen eine zunehmende Militarisierung der internationalen Beziehungen und der menschlichen Kultur mit ansehen müssen, denn das ist letzten Endes der eigentliche Inhalt der Aufrüstung. Wenn wir unsere Wissenschaftler für Rüstungszwecke statt für zivile Zwecke arbeiten lassen, wenn wir unsere Ressourcen für mehr Waffen statt für wirtschaftliche und soziale Entwicklung verwenden, dann bedeutet das eine Militarisierung der menschlichen Kultur. Und die drohende und militante Sprache zeugt von Verfall.

Es gibt aber auch hoffnungsvolle Zeichen. Ich bin davon überzeugt, dass der Druck der wirtschaftlichen Realitäten das Wettrüsten abbremsen wird. Nicht einmal tiefverwurzelte ideologische Überzeugung kann wirtschaftliche Realitäten überwinden. Die öffentliche Meinung für den Frieden und die wirtschaftliche Vernunft können einen Pakt schliessen.

Es ist auch offenbar, dass die Einstellung der Grossmächte und der Militärbündnisse, die einige Jahre lang in bestimmten Positionen festgefahren war, sich wieder in Bewegung gesetzt hat. Dass Vorschläge und Gegenvorschläge vorgelegt werden bedeutet, dass der Dialog in Gang gekommen ist.

Was ganz grundsätzlich Hoffnung einflösst, ist aber der Umstand, dass wir in vielen Ländern Europas und in den USA eine lebhafte öffentliche Debatte über das Kernwaffenwettrüsten und über Sicherheitspolitik bekommen haben. Es ist im Grunde genommen ein Zeichen für eine gesunde Gesellschaft, wenn ihre Bürger auf die Strasse gehen und für Frieden und Abrüstung demonstrieren — und nicht für Aufrüstung und Konfrontation.

Es wird manchmal gesagt, unsere öffentliche Meinung werde manipuliert, die Friedensbewegung werde gegen ihren Willen zu einem Instrument der Sowjetunion. Unsere offene Demokratie und unsere freie Debatte werden plötzlich als eine Schwäche dargestellt. Dieses Argument ist ein unheimlicher und fremder Einschlag in unserer heutigen Kultur. Ich habe es nie verstehen können. Im Gegenteil: gerade das durch Einschüchterung erzielte Schweigen hinter den offiziellen Proklamationen ist ja die entscheidende Schwäche der kommunistischen Diktaturen.

Das Engagement breiter Volksschichten gegen die Torheit des Wettrüstens ist statt dessen eine Stärke. Natürlich ist dieses Engagement idealistisch, und natürlich muss es hartnäckig sein. Zum Abschluss sei hier daran erinnert, was Jean Jaurès zu Stefan Zweig sagte, als dieser ihm berichtete, dass Bertha von Suttner in ihrer Heimatstadt Wien manchmal als eine edle Idealistin betrachtet werde, die jedoch nicht ernst genommen werden könnte. Jaurès lächelte und sagte: «Aber gerade so wie sie muss man sein, hartnäckig und zäh im Idealismus. Die grossen Wahrheiten gehen nicht auf einmal ins Gehirn der Menschheit hinein, man muss sie immer und immer wieder einhämmern, Nagel für Nagel, Tag für Tag. Es ist eine monotone und undankbare Arbeit, aber wie wichtig ist sie doch.»

Horst Hartmann

Wie im alten Rom?

Das Römische Reich hat nicht nur den Traum von der Einheit des Erdkreises verwirklicht, es legte auch die Grundlage für die heutige europäische Zivilisation. Die Idee des Heiligen Römischen Reiches blieb bis in die Neuzeit hinein lebendig. Die moderne Rechtswissenschaft wäre ohne das römische Recht kaum denkbar.

Kein Wunder, wenn immer wieder die Frage auftaucht, warum dieses allmächtige Imperium schliesslich unterging. Die Antwort fällt leicht. Es lag nicht am angeblich übertriebenen Wohlstand, wohl aber an den sich immer mehr verschärfenden Klassengegensätzen, den zu hohen Rüstungslasten in Form eines stehenden Heeres und einer die Gesellschaft lähmenden Bü-